

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Ing. Udo Guggenbichler, MSc, Wolfgang Seidl und Stefan Berger und betreffend „Erlass der Gasrechnung eines Monats und Gaspreisdeckel“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 25. Jänner 2023 zu Post 18

Die Inflation lag bereits bei 11 Prozent und ist nur minimal gefallen. Die Gaspreise für Österreichs Wirtschaft und Industrie werden in wenigen Wochen rund zwei- bis dreimal so hoch sein wie in Deutschland.

Die derzeitigen Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der steigenden Energiekosten würden nur die Teuerung anheizen und einen Wettbewerbsnachteil für die Industrie gegenüber Deutschland herbeiführen.

Die EU ringt nach wie vor um Maßnahmen und es ist erwartbar, dass am Ende kein zielführender Vorschlag am Tisch liegen wird. Während Deutschland diesbezüglich vorgesorgt hat und dort seit 1. Jänner 2023 ein nationaler Gaspreisdeckel für Wirtschaft und Private in Kraft getreten ist, steckt die österreichische Regierung den Kopf in den Sand.

Diese Entwicklung ist besorgniserregend, ohne Gaspreisdeckel bricht der Mittelstand in Österreich weg. Die von der Regierung geplanten Einmalzahlungen verpuffen, der Klimabonus oder die 150 Euro Einmalzahlung seien längst verbraucht und nicht nachhaltig. Nach deutschem Vorbild braucht es die Einführung eines Gaspreisdeckels. Zur Überbrückung soll kein Unternehmer und kein privater Haushalt die Gasrechnung für ein Monat zahlen müssen. Die Menschen sitzen schon jetzt in kalten Wohnungen, aus Angst vor der nächsten Gasrechnung. Die Preise müssen daher runter! Der vollständige Erlass der Gasrechnung für ein Monat sei leicht administrierbar und teilkompensiert die Gaskosten.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Wiener Gemeinderates nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für einen Gaspreisdeckel und einen Erlass der Gasrechnung für Unternehmer und private Haushalte für ein Monat aus und fordert die Bundesregierung, insbesondere die zuständigen Bundesminister für „Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie“ und „Finanzen“ auf, umgehend die notwendigen Weichenstellungen in die Wege zu leiten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.